

Was kann der Kongress tun?

Meryl Nass, MD

1. Der internationale Pandemic Preparedness Act, der in das NDAA 2023 eingefügt und im Dezember letzten Jahres verabschiedet wurde (Seiten 950-967), wurde wahrscheinlich von den meisten Kongressmitgliedern nicht gelesen, die vielleicht nicht wussten, dass es ihn gibt. Es weist die Regierung an, die globale Biosicherheitsagenda einzuhalten, womit vermutlich das Pandemie-Abkommen der WHO und die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) sowie deren Änderungen gemeint sind. Er weist die US-Regierung an, GAVI zu unterstützen, eine von Bill Gates gegründete Impfstoff-NGO. Dieses Gesetz hat viele beunruhigende Aspekte. Der Kongress sollte es idealerweise aufheben, zumindest aber überwachen und darüber berichten, wie es umgesetzt wird.

2. Aufhebung des PREP-Gesetzes aus dem Jahr 2005, das die Anwendung von Versuchsprodukten an der gesamten Bevölkerung erlaubt, möglicherweise ohne oder mit nur minimalen Tests, und dass die Haftung des Herstellers, der Regierung, derjenigen, die die Impfungen durchführen, und aller Beteiligten aufhebt. (Dieses innerstaatliche Gesetz, mit dem die Genehmigung für den Notfalleinsatz geschaffen wurde, wird benötigt, damit die WHO rechtmäßig ungetestete Medikamente und Impfungen für die US-Bevölkerung anordnen kann, wie im Entwurf des Pandemievertrags vom Oktober 2023 vorgesehen)

3. Rücknahme aller Gesetze, die nach den Anschlägen mit Milzbrandbriefen im Jahr 2001 verabschiedet wurden und die es erlaubten, den Schutz der Verfassung für Notfälle außer Kraft zu setzen und fehlgeleitete Bemühungen zur Pandemievorsorge zu finanzieren. (Projekt Bioshield, etc.)

4. Ermutigen Sie die Bundesstaaten, die "Model State Emergency Health Powers Acts" und ähnliche Gesetze zu widerrufen, die vom Georgetown Professor Lawrence O. Gostin im Auftrag der CDC verfasst und von den Bundesstaaten verabschiedet wurden und die es den Gouverneuren erlaubten, in ausgewiesenen Notfällen per Dekret zu regieren.

5. Verlassen Sie die WHO und finanzieren Sie sie - unterstützen Sie HR-79.

6. Verlangen Sie die Ratifizierung aller Verträge mit der WHO und anderen UN-Organisationen durch den Senat. Die IHRs wurden in den USA durch ein "Executive Agreement" angenommen. Nach Angaben des Congressional Research Service ist ein Exekutivabkommen **aus völkerrechtlicher Sicht eine Art Vertrag**", bedarf jedoch nicht der Beratung und Zustimmung des Senats. Der Kongress sollte verlangen, dass die IHR-Änderungen wie auch der Pandemievertrag vom Senat ratifiziert werden müssen. **Nur weil eine frühere Version dieses Vertrags im Einvernehmen mit der Exekutive unterzeichnet wurde, gibt es keinen Grund dafür, dass massive Änderungen des Vertrags ebenfalls der Prüfung durch den Senat entgehen sollten.**

Tatsächlich fordert der Vertrag selbst in Artikel 36 die Vertragsstaaten auf, ihn zu ratifizieren.

Dies ist besonders wichtig in Anbetracht des Plans der WHO, die ausgehandelten IHR-Änderungen der Öffentlichkeit und allen Mitgliedstaaten im Januar vorzuenthalten, wie es die IHR verlangen, und die Arbeit daran fortzusetzen, bis sie möglicherweise von der

Weltgesundheitsversammlung im Mai verabschiedet werden. Dann werden wir vermutlich erst im Nachhinein erfahren, wozu sich unsere Länder verpflichtet haben.

7. Die Verhandlungen über die IHR-Änderungen werden im Geheimen geführt. Eine schwedische Parlamentsabgeordnete (Elsa Widding) hat den schwedischen Gesundheitsminister aufgefordert, die Verhandlungen transparent zu machen oder zurückzutreten. So etwas könnte man auch von der Regierung Biden verlangen.

8. Einbehaltung aller WHO-Mittel in der Haushaltsvorlage für Auslandseinsätze, wie es das Repräsentantenhaus mit HR 4665 getan hat.